

# »Sie werden sich noch wundern, was alles möglich ist«\*

## Kulturelle Demokratie in Existenznot



© Educult

PD Dr. Michael Wimmer ist Vortragender, Moderator, Autor von bildungs- und kulturpolitischen Texten sowie Berater von Kunst-, Kultur- und Bildungseinrichtungen

Sein nunmehr 40 Jahren verfolge ich in Österreich eine Politik des kleineren Übels. Alles begann mit dem Überschwappen eines neuen ökonomischen Geistes auf die verstaubt-zurückgebliebene Alpenrepublik. Seine idealtypische Repräsentation fand die politische Neuausrichtung des Landes in der Person des jungen Jörg Haider, der seine Freiheitliche Partei bereits in den 1990er Jahren zu Wahlgewinnen in der Größenordnung der AfD von 2025 führen sollte. In dem Maß, in dem die demokratischen Parteien diesem Trend nichts entgegenzusetzen vermochten, ging Wolfgang Schüssel, der Parteiführer der Konservativen (der zuvor mit seinem Slogan: »Mehr Markt weniger Staat« Aussehen erregt hatte), 2000 erstmals eine Koalition mit der erstarkten FPÖ ein. Sein Argument für die Abkehr von seinem Wahlversprechen, als Wahlverlierer keine Koalition mit der FPÖ einzugehen, lautete: Nur so könne verhindert werden, Österreich in eine autoritär verfasste Dritte Republik überzuführen.

### Präludium

Groß war damals der Aufstand des europäischen Auslands. Sanktionen wurden verhängt, wohl in erster Linie, um die Bevölkerungen der übrigen EU-Staaten an der demokratischen Stange zu halten. So konnte Österreich noch einmal als autoritär fixierter Sonderfall dargestellt werden, der sich im blinden Vertrauen auf seine Kultur- und

Naturschätze nie von seiner nationalsozialistischen Vergangenheit zu lösen vermocht hat. Die ÖVP-FPÖ-Regierung ist wenige Jahre später an ihren eigenen Widersprüchen gescheitert. Ein Argument mehr, sie als eine ganz normale Episode österreichischer Geschichte abzutun. Seither strampelte die FPÖ von Skandal zu Skandal, ohne dass das ihre Erfolge an der Wahlurne nachhaltig zu beeinträchtigen vermocht hätte. Mehr noch, das Versprechen Jörg Haiders, »die Altparteien mit einem nassen Fetzen vor sich her treiben zu wollen« hätte nicht wirksamer sein können. Gerade mit der weitgehenden Übernahme der Agenda der FPÖ wurde Sebastian Kurz zum Shooting Star in den Köpfen und Herzen der Österreicher\*innen, um damit als Konservativer den Boden für eine autoritäre Wende aufzubereiten.

Das Ende der Geschichte kennen wir: Das ganz große Übel aller Demokrat\*innen wurde zu einer realen Option: Im Herbst 2024 wurde die FPÖ erstmals zur stimmenstärksten Partei, um seither kompromisslos den alleinigen Führungsanspruch in der Republik zu stellen. Den demokratischen Parteien gelang es erst nach mehrmaligem Anlauf und einer vorerst letzten Kraftanstrengung, sich diesem kompromisslosen Anspruch entgegenzustellen. Dies wohl auch deshalb, weil sich seit 2000 europa-, ja weltweit politisch-tektonische Verschiebungen ergeben haben, die die Sicht

\* Norbert Hofer, FPÖ-Vorsitzender und Kandidat zur Bundespräsidentenwahl 2016

auf Österreich von Pariastaat zum Vorreiterland verändern haben lassen. Vielleicht wusste Karl Kraus mehr, wenn er bereits 1914 von Österreich als »einer kleinen Welt, in der die große ihre Probe hält« sprach.

#### Vom Ende der neoliberalen Ära

Im Versuch, den Beispielfall Österreich in einen größeren, vor allem polit-ökonomischen Zusammenhang zu stellen, fällt auf, dass zurzeit immer mehr auch nicht parteigebundene Kommentatoren vom »Ende der neoliberalen Ära« sprechen<sup>1</sup>. Sie konstatieren, dass das ursprüngliche Versprechen von Hayek, Friedmann und ihren Freund\*innen, der Markt wäre die einzige Instanz, um alle aufkommenden Probleme im Ausgleich der Interessen friedlich und wirksam zu bearbeiten, schlicht nicht mehr eingelöst werden kann. Bereits 2019 sprach der serbisch-amerikanische Ungleichheitsforscher Branco Milanovic von einem drohenden »Clash of Capitalisms<sup>2</sup>, in dem liberal-demokratisch und autoritäre Ansprüche gegeneinander antreten würden, um den Kapitalismus als alternativlose Herrschaftsform zu retten bzw. das durch ihn verursachte wachsende ökonomische, soziale, kulturelle und damit politische Auseinanderdriften im Weltmaßstab noch einmal in den Griff zu bekommen.

Spätestens mit der Preisgabe des die Freie Welt repräsentierenden Westens durch den wiedergewählten amerikanischen Präsidenten<sup>3</sup> wird deutlich, wie weit die Welt bereits dem österreichischen Weg gefolgt ist. Der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck wird in einem Podcast zu »Trump, Faschismus, Europe«<sup>4</sup> sehr deutlich. Gefragt, ob auch in den liberal-demokratisch verfassten Kernländern schon bald wieder der Faschismus einziehen würde, warnt er vor allzu plakativen Vergleichen. Im Unterschied zu den 1930 Jahren drohe heute nicht die Kooperation zwischen rechtsradikalen Bewegungen und (von Teilen der Wirtschaft) finanzierter Privatarmeen, die Angst und Terror verbreitet haben, um die Menschen zu konformem Verhalten zu zwingen. Stattdessen verweist er auf die Inaugurationsszene von Donald Trump im Capitol. In dem Bild, das um die Welt ging, finden sich keine hohen Staatsfunktionäre, die ihn umgeben; auch keine Militärs, sondern eine Gruppe von Oligarchen, die mit der Digitalisierung der Weltgesellschaft zu unvorstellbarem Reichtum, Macht und Einfluss gekommen sind.

Sie vereint das Wissen, dass der Staat nicht mehr in der Lage ist, das Gros der Menschen dazu zu bringen, aus eigenem Antrieb für eine liberale Demokratie einzustehen. Zu offensichtlich zeigt

1 <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/neoliberalismus-ende-tom-krebs-mindestlohn-1.5734216?reduced=true>

2 <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2019-12-10/clash-capitalisms>

3 <https://www.zeit.de/2025/09/donald-trump-usa-westen-aussenpolitik-un>

4 <https://www.youtube.com/watch?v=QSlEStTFKDI>

sich angesichts der ausufernden Krisen die Unfähigkeit des Staates zur gesellschaftlicher Kompromis- oder gar überzeugenden Perspektivbildung. Der Staat hat ausgedient. Jetzt müssen die neuen Weltherrscher selber ran, um mit ihrer neuen Gallionsfigur – und sei es mit faschistischer Brutalität – den Frieden wiederherzustellen. Da ist es nur logisch, wenn sich Trump unmittelbar nach seine Wiederbestellung zum amerikanischen Präsidenten ins Weiße Haus begab, um dort mehr als hundert Dekrete zu unterzeichnen, mit denen er sich bewusst und öffentlichkeitswirksam über zentrale Elemente demokratischer Verfasstheit des ihm anvertrauten Landes hinwegsetzte.

#### Virtuelle Parallelwelten und versagender Weltgeist

Geht es nach den neuen Herren der Digitalisierung, dann steht diesmal nicht die Schaffung von Wehrbereitschaft, Kriegsbegeisterung und unbedingter Gefolgschaft unter ein Führerprinzip auf der Tagesordnung, sondern die Schaffung einer Parallelwelt mit tendenziell unbegrenzten Möglichkeiten, selbst wenn das echte Leben in unregierbaren Katastrophismus abzugleiten droht. Sie setzen auf eine umfassende Virtualisierung der Lebenswelten der Menschen (samt damit verbundenem kulturellem Verhalten), das unter säkularen Vorzeichen Anleihen an religiöse Paradiesversprechen nimmt (Stichwort »Transhumanismus«) und politisches Handeln im Hier und Jetzt für weitgehend obsolet erklärt.

Es gehört zu den blinden Flecken eines naiven Fortschrittsglaubens, der »Weltgeist« würde mit einigen Dellen einmal errungene Erfolge im demokratischen Zusammenleben ein für alle Mal sicherstellen. Ein tiefergehender Zusammenbruch der einmal erreichten demokratischen Ordnung ist in diesem Konzept nicht vorgesehen – also fehlt das politische Bewusstsein der demokratischen Kräfte, dass sie in einem »permanent battle-field« (Stuart Hall) agieren.

Als einzige haben die Rechtsradikalen erkannt, dass da gerade etwas zu Ende kommt. Mit ihrer Fähigkeit, die grassierende Unzufriedenheit auf ihre politischen Mühlen zu leiten, haben sie das historische Moment auf ihrer Seite. Sie bedienen sich damit überkommener politischer Konzepte wie Abschottung, Renationalisierung, ethnische Homogenität oder überkommener Leistungs- also eigentlich Ausbeutungsvorstellungen. Und wissen doch nur zu gut, dass diese – angesichts des Stands der Globalisierung – auf Dauer nicht funktionieren können. Also werden Außenfeinde konstruiert, Konkurrenzen angestachelt, die Sicherheitslage verschärft sowie traditionelle Solidargemeinschaften, Verbindlichkeiten und Wahrheitsansprüche zerstört. In engem Einvernehmen mit den High-Tech-Oligarchen arbeiten sie an der Ausgestaltung eines digitalen Kosmos, der die meisten Menschen gegenüber traditioneller Politik soweit abstupfen lässt, dass sie als »Co-Creative« im

demokratischen Geschehen erst nicht mehr in Erscheinung treten.

#### Die EU unter Zugzwang

In dieser Gemengelage findet sich die Europäische Union von einem Tag zum anderen eingezwängt zwischen alten und neuen Autoritätsansprüchen im Osten, jetzt auch in ihrem Westen. Und nicht zuletzt in ihrem Inneren. Selbst gegründet als ein neoliberales Projekt, das doch mit der Aufnahme von davor autoritär regierten Ländern wie Griechenland, Spanien oder Portugal sowie der meisten postkommunistischen Staaten im Osten Europas einen wesentlichen Beitrag zur Befestigung der liberal-demokratischer Verfasstheit des Kontinents geleistet hat. Und doch machen sich heute autoritative Tendenzen in nahezu allen nationalen Gesellschaften breit. So wird deutlich, dass es sich nicht um einen Betriebsunfall a la Österreich im Jahr 2000 handelt, sondern um eine strukturelle Antwort auf die zunehmenden Widersprüche eines weltweiten neoliberalen Regimes, das in den letzten 30 Jahren alle Lebens- und Arbeitsbereiche der Menschen erfasst hat.

Vieles spricht dafür, dass das europäische Modell als eine Reparaturmaschine der Großen Alternativlosigkeit zum Scheitern verurteilt ist. Noch nie war der Bedarf so groß, ein spezifisch europäisches Modell des gedeihlichen Zusammenlebens zu entwickeln, das sich als eine Alternative zur Lust an autoritär begleitetem Untergang versteht. Wider allen Versuchungen, denen die verbliebenen demokratischen Kräfte ausgesetzt sind, in Ermangelung einer hinreichenden Alternative die Agenda der Rechtsradikalen zu übernehmen, gilt es heute, aus der Losung »liberté, égalité, fraternité« zeitgemäße Perspektiven zu entwickeln, die der unerschöpflichen sozialen Erfinderkraft des Kontinents entsprechen.

#### Kampf um kulturelle Hegemonie

Was das alles mit dem Kulturbetrieb zu tun hat? Er ist in den letzten Jahren zu einem Teil der Freizeitindustrie mutiert und hat seine kulturpolitischen Ambitionen preisgegeben. Weitgehend entpolitisiert an den Rand der Gesellschaft geraten, beschränkt er sich darauf, an quantifizierbaren Erfolgskriterien gemessen zu werden und vermittelt keinerlei Anspruch mehr auf Einflussnahme auf das gesellschaftspolitische Geschehen. Dazu gehört auch eine selbstläufig gewordene Rhetorik, wonach sein Wirken quasi automatisch positive Auswirkungen auf das demokratische Zusammenleben, wenn nicht gleich zur Weltverbesserung haben würde. Freilich ohne dafür noch einmal hinreichende Evidenz zu bieten.

Umso erstaunter die Feststellung, dass die Rechten die kulturelle Hegemonie weitgehend an sich gerissen haben, um einen umfassenden Kulturkampf gegen als selbstgefällig denunzierte liberale Eliten zu eröffnen, die sich mit ihrem Tun weit von

den wahren Problemen der »einfachen Leute« wegbewegt hätten. Ihre Kulturpolitik beschränkt sich dementsprechend nicht auf eine Kunstblase, sondern hinterlässt ihre Spuren in den politischen Feldern, die breit und kontrovers diskutiert werden: Migration, Soziales, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Bildung, Medien, Religion... Dass sie dazu den digitalen Raum wie keine andere politische Bewegung für sich okkupiert haben, versteht sich fast von selbst.

Die erste Reaktion der Interessensvertreter\*innen ist verständlich: Es gälte, die kulturpolitischen Errungenschaften zu verteidigen. Weiter auf dem bisherigen Weg: Der Staat wäre mehr denn je gefordert, seinen Schutzmantel über eine gefährdete Szene zu spannen, um deren Fortbestand sicher zu stellen.

Was aber, wenn wir gerade erleben, dass eine bislang als garantiert erklärte Geschäftsgrundlage sowohl für staatliches als auch für kulturbetriebliches Handeln zusammenbricht? Wenn autoritäre Kräfte staatliches kulturpolitisches Handeln in Misskredit bringen und keinerlei Probleme damit haben, Maßstäbe der Gefolgschaft auf dem Weg in die autoritäre Gesellschaft über künstlerische Qualitätsansprüche zu stellen? Die Ansprüche der Autoritären auf Wiederherstellung einer nationalen Leitkultur, einer Renaissance von Volkskultur, Brauchtumpflege samt politische Instrumentalisierung eines hehren kulturellen Erbes mögen hahnebüchen wirken. Und doch verweisen sie auf eine prä-neoliberale Vergangenheit, in der das Leben scheinbar noch in Ordnung war. Auch wenn es sie so nie gegeben hat.

Vielleicht ist auch hier ein grundsätzliches Umdenken unabdingbar. Kulturräume waren immer auch Erprobungsräume von Zukunft. Ein spielerischer Gegenentwurf zu dem, was ist. Ein Ort des Möglichkeitssinns, in dem neue Formen des Widerstands erprobt werden können.

Vieles spricht für die Vermutung, dass die in diesem Beitrag angedeuteten Veränderungen der ökonomischen, sozialen und damit politischen Grundlagen zuallererst kulturell bedingt sind: als Fähigkeit, über das gedeihliche Zusammenleben immer wieder neu nachzudenken und dies sinnlich für möglichst alle Menschen erfahrbar zu machen.

Damit auf spielerisch-ernsthafte Weise die kulturellen Grundlagen für ein Neues Europa zu schaffen, in dem es sich lohnt, sowohl in Freiheit als auch in Gleichheit mitsammen auszukommen, das wäre doch eine Aufgabe für eine zeitgemäße Grundlegung des Kulturbetriebs. Eine Neufassung von Karl Kraus' Diktum, die Österreich durch Kultur ersetzt: »Kultur ist die kleine Welt, in der die große ihre Probe hält« mag dafür als eine Richtschur dienen. ■